Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 211/2018

I / 9

 öffentlicher Teil nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Frau Larisch	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Bau- und Ordnungsamt	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa				
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss				
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	09.05.2018	x	
Jugendgemeinderat				
Gemeinderat	Beschlussfassung	23.05.2018		

Kurztitel:

Gewässerumlagesatzung

Beschlusstext:

Auf der Grundlage des § 56 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA), der §§ 8, 45 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes (KGV LSA) und der §§ 1, 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) in den jeweils derzeit gültigen Fassungen, beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee die Satzung der Gemeinde Muldestausee zur Umlage der Verbandsbeiträge des Unterhaltungsverbandes "Mulde" (Gewässerumlagesatzung).

Erläuterung:

Auf Grund von vorliegenden Klagen zu Bescheiden über die Erhebung eines Beitrages zum Gewässerunterhalt für das Jahr 2014 wurde vom Gericht festgestellt, dass unsere Satzung nicht der derzeitigen Rechtsprechung entspricht und demzufolge Ergänzungen bzw. Korrekturen dringend erforderlich sind. Die Rückwirkung der Satzung zum 01.01.2014 ist dem noch offenen Rechtsstreit geschuldet.

Um im beantragten Berufungsverfahren einen positiven Ausgang dieses Rechtsstreites erwirken zu können, ist die Beschlussfassung durch den Gemeinderat bereits in der Sitzung am 23.05.2018 notwendig.

Die Anhörung der Ortschaftsräte zur Satzung ist aufgrund dieser kurzfristigen Beschlussfassung nicht in Ortschaftsratsitzungen möglich. Jedes Ortschaftsratsmitglied erhält ein Anhörungsanschreiben mit dem Satzungsentwurf, welcher durch die Rechtsanwaltskanzlei Kühlborn & Möller in Halle erarbeitet wurde und kann sich bis zur Beschlussfassung dazu äußern.

Inhaltlich sind die Anpassungen hauptsächlich in Bezug auf den Umlageschuldner in § 3 Abs. 3 und 4 vorgenommen worden. Neu ist die Regelung zum Wechsel des Umlageschuldners innerhalb des Erhebungszeitraumes und zum Aufwand zur Ermittlung eines Umlageschuldners.

Die Umlagesätze in § 6 wurden nicht verändert. Sie waren bereits so beschlossen.

Der Ihnen bereits vorliegende Entwurf der Gewässerumlagesatzung wurde durch die Kommunalaufsicht geprüft.

Das Ergebnis der Prüfung lag zur Anhörung der Ortschaftsräte sowie zur Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss noch nicht vor.

Die von der Kommunalaufsicht empfohlenen Korrekturen bzw. Ergänzungen wurden durch das Rechtsanwaltsbüro am 16.05.2018 in den Entwurf der Satzung eingearbeitet. Die Änderungen sind farblich gekennzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen:

a) einmalig: Einnahmen ca. 115.000,00 €

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt: 55211001/43210

Anlagen:

Entwurf der Gewässerumlagesatzung

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler